

Info 4/2023

Gewerkschaft
BTBkomba



Baden-Württemberg

Das Verhalten der TdL ist nicht akzeptabel !

Wir müssen unsere Forderung mit Aktionen durchsetzen !

In der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten der Länder wurde bis jetzt wieder kein verhandelbares Angebot vorgelegt. Die TdL mauert und verweist auf leere Kassen. Angeblich liegen die Forderungen wesentlich über den leistbaren Kosten, trotz besserer Steuereinnahmen. Die oft zitierte Wertschätzung und der Respekt vor den Leistungen der Beschäftigten sieht anders aus. Mit lobenden Worten kann man keine Rechnungen zahlen.

Die Haltung der Arbeitgeber erfordert Aktionen

Das letzte Tarifergebnis von .2,8% und 1300 € Corona-Prämie liegt schon lange zurück. Schon damals lag das Ergebnis etwas unter der Inflationsrate. Inzwischen hatten wir sehr hohe Inflationsraten und erhebliche Verteuerungen bei Lebensmitteln und Energie.

Die Arbeitgeber ignorieren zudem den massiven Personal- und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Mit Verweigerungshaltung schafft man keine attraktiven Arbeitsplätze. So gewinnt man keinen Nachwuchs. So stürzt man die Verwaltung ins Chaos.

Die Haltung der Arbeitgeber ist auch arrogant gegenüber den Beschäftigten. Die zunehmenden Belastungen durch Mehrarbeit, Überlastung und täglichen Stress werden einfach als gegeben hingenommen. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren verschärfen. Fürsorge geht anders.

Die Arbeitgeber müssen sich bewegen. Sie werden sich nur bewegen, wenn wir ihnen dies durch Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen deutlich machen. Deshalb: Beteiligung ist wichtig. Wegen der von uns geforderten Übertragung auf den Beamten- und Versorgungsbereich auch an alle Beamtinnen, Beamten, Pensionärinnen und Pensionäre: Teilnahme ist wichtig. Bewegen wir die Arbeitgeber durch unsere Masse.

Unsere Positionen

Wir fordern 10,5%, 500 € mindestens. Um keine Reallohnverluste hinzunehmen, sind die Forderungen von 10,5% Lohnsteigerung bzw. mindestens 500 € gerechtfertigt.

Die Forderung von 500 € mindestens ist für die unteren Einkommensgruppen eine Kernforderung. Die Lebensmittel- und Energiekosten fressen dort einen Großteil der Bezahlung auf. Die Inflationsrate spiegelt dies nicht wider.

Gewerkschaft BTBkomba
Am Hohengeren 12
7188 Stuttgart

Telefon 0711/2201403
E-Mail info@btbkomba.de
Homepage www.btbkomba.de

informiert

Kompetent
Kollegial
Konsequent

Die Forderungen entsprechen den Forderungen des im Frühjahr verhandelten TVöD. Trotz der enorm gestiegenen Kosten sehen wir unsere Forderungen an den unteren Grenzen des Verhandelbaren.

Angesichts des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst müssen die Arbeitgeber ein verhandelbares, faires und angemessenes Angebot abgeben. Bei insgesamt 360 000 offenen Stellen bundesweit im öffentlichen Dienst und sich aufgrund der demografischen Entwicklung verschärfenden Situation müssen sich die Arbeitgeber bewegen. Oder die Bewegung geht weg vom öffentlichen Dienst.

Dem öffentlichen Dienst fehlen zunehmend die Fachkräfte. Stellen können nicht besetzt werden. Kolleginnen und Kollegen müssen die Aufgaben zusätzlich übernehmen. Die Arbeitsbelastung steigt. Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes werden nicht nur mehr, sondern auch komplexer und schwieriger.

Unsere Forderungen sind trotz der Beteuerungen der Arbeitgeber nicht überzogen, sondern begründet durch hohe Inflationsraten. Diese sinken momentan, sind aber noch auf einem hohen Niveau. Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln um ca. 20% seit der letzten Einkommensrunde sprechen für sich. Zusammen mit den gestiegenen Kosten für Energie nagt dies kräftig am Einkommen der unteren Einkommensgruppen. Die Einkommen, vor allem in Städten, reichen nicht für angemessene Wohnungen aus. Das heißt, es kommen auch noch erhöhte Kosten für die Fahrten zur Arbeitsstelle hinzu. Der Sockelbetrag ist gerechtfertigt.

Einmalzahlungen lehnen wir ab. Diese haben keine Zukunftswirkung. Weder für die Rentenansprüche noch für künftige Einkommensrunden sind diese Zahlungen wirksam. Auf den ersten Blick attraktiv, verlieren sie bei näherer Betrachtung jeden positiven Aspekt. Sie haben lediglich eine kurzfristige Auswirkung. Die Zinseszins-Effekte in den Einkommen werden den Beschäftigten fehlen, zudem sind die Summeneffekte über mehrere Jahre zu berücksichtigen.

Veranstaltung in Stuttgart

Der bbw führt am 30.11.2023 in Stuttgart eine Demonstration mit Kundgebung durch. Um 11 Uhr geht es in der Lautenschlagerstraße los. Nehmen Sie teil.

Wir müssen uns zeigen!

Zeigen Sie den Verantwortlichen Politikerinnen und Politikern, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hinter den Forderungen stehen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass es uns gelingt, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Politiker sind nur mit Zahlen zu beeindrucken. Wir wollen uns nicht von den Arbeitgebern entgegenhalten lassen, dass die geringe Zahl der Teilnehmer doch zeige, dass die meisten Beschäftigten zufrieden seien, sonst wären sie doch mit dabei. Oder sind Sie doch zufrieden?

Der Politik muss auch klargemacht werden, dass sie mit solchen Maßnahmen auch der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr gerecht wird. Diese haben den Anspruch auf eine leistungsfähige und kompetente Verwaltung. Fehlende Fachkräfte und Personalmangel, der durch Seiteneinsteiger gedeckt werden sollen, senken die Qualität der Verwaltung erheblich.

Wir müssen auf die Straße. In den kommenden Wochen werden wir der Politik verstärkt unsere Meinung durch öffentliche Aktionen klarmachen müssen. Wenn die Politik Zahlen will, sollten wir sie ihnen durch zahlreiche Teilnahme an diesen Aktionen liefern.

Über die Aktionen informieren wir unsere Mitglieder auf der Webseite und über unsere Mail-Verteiler.

wb